

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Petra Bläss, Maritta Böttcher,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/8657 –**

Sofortmaßnahmen des Bundes bei der Rüstungskonversion einleiten

A. Problem

Notwendigkeit der Einleitung von Sofortmaßnahmen bei der Rüstungskonversion.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/8657 – abzulehnen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Dr. Heinz Riesenhuber
Vorsitzender

Christian Müller (Zittau)
Berichtersteller

Bericht des Abgeordneten Christian Müller (Zittau)**I.**

Der Antrag wurde in der 230. Sitzung des Deutschen Bundestages am 18. April 2002 dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur Federführung sowie dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II.

Die Antragsteller stellen fest, dass wirtschafts-, sozial-, beschäftigungs- und regionalpolitische Probleme seit 1990 durch den Abzug bzw. die Reduzierung der alliierten Streitkräfte und durch die Verkleinerung der Bundeswehr entstanden sind, die nur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Ländern bewältigt werden können. Der Bundesrat hat im Februar 2001 an den Bund appelliert, aktiv zu werden, und die Ministerpräsidenten der Länder haben diesen Appell im April 2001 bekräftigt.

Es sei schon heute absehbar, dass künftig mit gravierenden Strukturveränderungen zu rechnen ist, die kommunal- und landespolitische Folgen haben werden. Um diesen Strukturwandel gestalten zu können, sollen die Instrumentarien einer sinnvollen Rüstungskonversion entwickelt werden.

Infolgedessen soll die Bundesregierung aufgefordert werden, die Ressortvereinbarung zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Bundesministerium der Finanzen vom 14. Juni 2000 aufzuheben, sowohl einen Beauftragten des Bundes für Konversion zu ernennen, damit die Koordination dieser Querschnittsaufgabe zwischen Bund, Ländern und Gemeinden angegangen werden kann. Dieses Amt soll die Keimzelle eines künftig zu schaffenden Amtes für Abrüstung und Rüstungskonversion bilden.

Diese Einrichtung wird auch beauftragt, ein längerfristiges Bundeskonversionsprogramm zu erarbeiten.

III.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS und bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner Sitzung am 15. Mai 2002 beraten und mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der PDS und bei Abwesenheit der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/8657 – in seiner 81. Sitzung am 15. Mai 2002 beraten.

Er beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der PDS, dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Berlin, den 15. Mai 2002

Christian Müller (Zittau)
Berichterstatter

